

Der Ansporn zu den folgenden Bemerkungen wurde von den in Brasilien stattgefundenen Parlamentswahlen am 15 November 74 gegeben. Ich habe einen Teil der Wahlpropaganda der Opposition, (MDB), gelesen, und der Eindruck einer weiten, wenn auch nicht unbegrenzten, Rede- und Pressefreiheit war dabei unvermeidlich. Ich habe dann aus den europaeischen Zeitungen das Wahlergebnis, wenn auch sehr schematisch und oberflaechlich, erfahren. Danach hat die Opposition eine Art Wahlsieg errungen. Die Kommentare der europaeischen Zeitungen dazu habe ich geistig ausgeklammert, weil sie, wie gewoehnlich, Oberflaechlichkeit und Paternalismus zu einer Art Wohlwollensynthetisieren, also zu einem Salaud-standpunkt, dessen Ertragen Selbstueberwindung kostet. Beide Lektueren, sowohl die der Propaganda als auch die der Wahlresultate, stellen ein Problem, das weit ueber den brasilianischen Kontext hinausreicht. Naemlich das Problem eines Aspekts der Dialektik der Freiheit, der in den hegelschen und marxistischen Analysen nicht recht zu Wort kommt. Um diesen Aspekt zu beleuchten, werde ich die folgenden Bemerkungen so strukturieren: (a) Ich werde versuchen, die Funktion der in Brasilien stattgefundenen Wahlen zu verstehen. (b) Ich werde versuchen, mich in die Lage eines an der Opposition Engagierten einzuleben. (c) Ich werde versuchen, aus diesen Untersuchungen Schluesse auf einige Aspekte unserer Lage ueberhaupt zu ziehen. Meine These dabei wird die sein, dass die brasilianischen Wahlen als Modell fuer demokratische Wahlen ueberhaupt dienen koennen, eben weil sie ein extremer Fall sind.

(a) Seit ueber zehn Jahren wird Brasilien von einer technokratischen Verwaltung administriert, welche davon ausgeht, dass eine wirtschaftliche Entwicklung eines tatsaechlich armen und potentiell reichen Landes die Vorbedingung ist fuer jede andere Art von Entwicklung. Um eine solche Entwicklung so schnell wie moeglich zu erreichen, haelt die Verwaltung fuer noetig: (1) die internationalen wirtschaftlichen Gegebenheiten, (zum Beispiel die entscheidende Rolle der USA und ihres Kapitals), als Tatsachen hinzunehmen, und sich nur innerhalb der von diesen Gegebenheiten offenen Parameter zu bewegen, und (2) alle anderen Entwicklungsarten, (zum Beispiel die sozialen, politischen und kulturellen), einzufrieren, und, wenn sie die wirtschaftliche stoeren, zu unterdruecken. Die Verwaltung verfuegt ueber die fuer dieses Programm notwendigen Kraefte, (Armee, Unternehmer, Techniker usw.), und ihr Erfolg war auch, bis zur gegenwaertigen internationalen Krise, diesen Vorbedingungen entsprechend. Selbstredend teilten nicht alle die Meinung der Verwaltung. Einige meinten, dass ein Vorsetzen der wirtschaftlichen ueber alle anderen Entwicklungen zu einer Verstaerkung der sozialen Ungerechtigkeit und zu politischer und kultureller Unfreiheit fuehren muesse, (was ja tatsaechlich der Fall ist), und dass dies ein fuer wirtschaftliche Entwicklung zu hoher Preis sei. Andere meinten,

dass ein bewusstes Einordnen in die internationalen wirtschaftlichen Gegebenheiten ein Sich-ausliefern an diese Gegebenheiten, das heisst an den "Imperialismus" und "Neo-kolonialismus" bedeute, (was zwar auch tatsaechlich der Fall ist, wobei man aber nicht leicht einsehen kann, ob vernuenftige Alternativen dazu bestehen). Selbstverstaendlich ist diese Diskussion, die sich zwischen bewussten Brasilianern und im Gewissen eines jeden abspielt, nicht nur rational, sondern emotionell stark geladen. Die hier gebotene Schilderung unterdrueckt bewusst die emotionelle, also menschlich ausschlaggebende, Seite.

Die bis zu einem ueberraschend hohen Grad "wissenschaftlich" orientierte Verwaltung, (Wenn man unter "Wissenschaft" jene Disziplin versteht, welche zu einer technischen Behandlung der Wirklichkeit fuehrt), hat immer die Erkenntnisse der Soziologie, Psychologie und der Kommunikationswissenschaften bei ihrer Behandlung der Gesellschaft angewandt, und ist in diesem Sinn ein Vorlaeufer fuer eine der meoglichen Verwaltungsformen der Zukunft. Beispiele dafuer sind zahlreich, (Fernsehn, Sport, kommerzielle Propaganda, usw.), und da im Vergleich dazu andere fruehere oder zeitgenoessische "starke" Verwaltungen nur brutale Stuemper sind, ist es ein Unsinn, die Verwaltung etwa "faschistisch" nennen zu wollen. Sie ist wissenschaftlich viel zu aufgeklaert, und technisch viel zu raffiniert, um in nebelhafte faschistische Ideologien zu verfallen. (Ausserdem ist wahrscheinlich die brasilianische Mentalitaet mit ihrem tiefstzenden Humanismus und Antirassismus fuer Faschismus ungeeignet). Das ist die Erklaerung dafuer, dass die traditionelle Aufteilung der "Maechte" in eine legislative, eine judizielle und eine exekutive formal beibehalten wurde, wenn auch die exekutive tatsaechlich den beiden anderen keinen nenneswerten Spielraum gewaehrt. Die Aufteilung ist rituell, hat eine symbolische Funktion, und darum heisst der Hauptplatz Brasiliias nicht nur "Platz der Drei Gewalten", sondern er spaegelt diesen Namen auch architektonisch wider.

Um eine Legislative zu haben, muss man Wahlen haben, und um Wahlen zu haben, welche symbolisch wirken, muss man mindestens zwei Parteien haben. Das Einparteiensystem frueherer "starker" Verwaltungen ist ein Fehler, weil bei ihm Wahlen nichts bedeuten, und also symbolisch nicht funktionieren. Darum hat die Verwaltung zwei Parteien geschaffen, eine Mehrheitspartei, (Arena), und eine Minoritaet, (MDB), welche mit einander im Wahlkampf konkurrieren. Der Ausgang des Kampfs war allerdings bis zu den letzten Wahlen auch von einem sportlichen Standpunkt nicht interessant, weil er durch Spielregeln feststand. Arena musste bis auf lokale Ausnahmen siegen, und die Ausnahmen, (zum Beispiel Rio), waren nur dazu bestimmt, ein gewisses "suspense" zu garantieren. (Die Spielregeln bestanden darin, dass sich die Verwaltung vorbehielt, alle Kandidaten und Themen zu kontrollieren.

VILÉM FLUSSER
ren.) Das war keine zufrieden stellende Loesung, denn wenn Wahlen etwas be-
deuten sollen, (wenn sie als Symbole funktionieren sollen), dann muss ihr
Ausgang ungewiss sein, und der Waehler muss das Gefuehl eines Spieleinsatzes
haben, (besonders wenn es sich dabei um einen so passionierten Spieler wie
den Brasilianer handelt).

Das scheint die Verwaltung, wenn auch mit einiger Verspaetung, erkannt
zu haben. Sie scheint naemlich erkannt zu haben, dass ihre Furcht vor einer
"politischen Oeffnung" im Sinn von einem moeglichen Sieg der Opposition, ein
Rest nicht sublimierter politischer Vorurteile ist, die aus der Vergangen-
heit kommen. Im Gegenteil, so erkannte sie jetzt, ist ein moeglicher Sieg
der Opposition vom Standpunkt der Verwaltung aus zu begruessen. Die Wahl
gewinnt dadurch einen echten Spielcharakter, wirkt also sehr stark symbo-
lisch, ohne jedoch, dank der Marginalisation der Legislative, die Funktion
der Verwaltung zu stoeren. Eine Situation, in der die Verwaltung ungestoert
handelt und dabei ein Oppositionsparlament hat, ist vom soziologischen, psy-
chologischen und kommunikationstheoretischen Standpunkt eine beinahe idea-
le Lage. Um aber einen moeglichen Sieg der Opposition herbeizufuehren, mus-
te die Verwaltung die Spielregeln der Wahlen aendern. Sie musste Themen
gestatten, welche bis zu einem gewissen Grad die Verwaltung selbst in Fra-
ge stellen, wollte sie Waehler fuer Oppositionsstimmen motivieren. Sie
musste sich, wenn auch spielerisch, selbst in Frage stellen. Dank ihrer wis-
senschaftlichen Reife, zum Beispiel dank ihrer Kenntnis der Spæeltheorie,
hat die Verwaltung dazu den Mut gefunden.

Im Laufe des Wahlkampfes jedoch wurde aus dem Spiel Ernst, und zwar
auf eine Weise, welche wahrscheinlich die Verwaltung selbst angenehm ueber-
raschte. Es stellte sich naemlich heraus, dass die so entstandene "politi-
sche Oeffnung" wie ein Ventil funktionierte, durch welches sich Kraefte ver-
pufften, welche sonst dem Apparat haetten gefaehrlich sein koennen. So be-
gann die Wahl nicht nur symbolisch, sondern ganz real im Dienst der Verwal-
tung zu funktionieren. Sonst im Interesse des Apparats zu unterdrueckende
Kraefte begannen, den Apparat voranzutreiben. Eine technische Loesung ers-
ter Ordnung. Eine Kommunikationstheoretiker hatten dies zwar schon immer
vorausgesehen, (aus "Geraeus" ein "feed-back" machen), aber die Praxis
belegte nun die Theorie auf ueberzeugende Weise. Aus potenziellen Rebellen
die einen kostspieligen Polizeiparat erfordern, wurden so billige und
nuetzliche Funktionaere. Naemlich Oppositionssenatoren, Oppositionsabgeord-
nete, und ihre respektiven Waehler.

(b) Die so entstandene "politische Oeffnung" konnte jedoch den Betrof-
fenen selbst, also einem Teil des Buerkertums und staedtischen Proletariats
(soweit diese europaeischen Bezeichnungen zutreffend sind), nicht wie ein
Ventil erscheinen. Das eben war das Elegante an dieser Loesung: die Oeff-
nung musste den Betroffenen wie ein Feld fuer wenn auch begrenzte Rede-

VILÉM FLUSSER

und Pressefreiheit erscheinen. Zwar: dass diese Freiheit von der Verwaltung verliehen wurde, musste viele misstrauisch stimmen. Aber nur ganz Radikale oder solche, die ideologische Scheuklappen tragen, konnten sich weigern, das Feld zu betreten. Der weitaus groesste Teil musste den Eindruck haben, dass zwar die Freiheit eine verliehene war, dass aber ihre Ursache der Druck war den die Opposition auf die Verwaltung jahrelang ausgeuebt hatte. Es musste dem weitaus groessten Teil scheinen, als ob der erste, wenn auch kleine, Schritt in Richtung einer Oeffnung des Apparats gelungen waere.

Es war aber eine seltsame Rede- und Pressefreiheit. Man konnte in Wort und Schrift, auch ueber die von der Verwaltung kontrollierten Massenmedien, beinahe alles sagen, was gegen die Verwaltung spricht, wiewohl allerdings dies alles allen bekannt war. Man konnte ueber Inflation, ueber staendig fallende Kaufkraft der Gehaelter, ueber kulturelle Unfreiheit, ja sogar ueber das Ueberfluten des Landes von fremdem Kapital und den Ausverkauf der in brasilianischen Haenden befindlichen Unternehmen sprechen. Ja, man konnte die Verwaltung sogar voellig ungerecht beschuldigen, zum Beispiel fuer die Petroleumkrise verantwortlich machen. Was man aber nicht konnte, war Alternativen fuer die Verwaltung vorschlagen. Das konnte man nicht, (nicht etwa, weil es verboten war), sondern weil es offensichtlich unsinnig gewesen waere. Die Spielregeln der Wahlen erlaubten jetzt Rede- und Pressefreiheit, aber nicht, die Verwaltung abzuloesen. Man konnte sich also negativ zur Verwaltung, aber zu nichts positiv stellen. Das Verfechten irgendwelcher Programme, geschwaige denn Ideologien, war nicht durch Verbot sondern durch die Lage selbst, ausgeschlossen. Nicht Zensur, sondern die Lage selbst, wies diese seltsame Freiheit in ihre Schranken.

Haette man, aus dieser Erkenntnis, auf eine derartige Freiheit verzichten sollen? Aber das hiesse doch, auf eine vielleicht einmalige Gelegenheit zu verzichten, die Lage, so wie man sie sah, anderen vor Augen zu fuehren. Zu verzichten, den wissenschaftlich gewobenen Schleier zu lueften, den die Verwaltung ueber die Lage verbreitet. Es hiesse, mit anderen Worten, auf die jetzt moegliche Aufgabe der Bewusstmachung zu verzichten. In diesem Gewissenszwang war es existenziell unmoeglich, nicht in die sich oeffnende Bresche zu springen. Und Hunderte taten es guten Gewissens. Und, wenn man den Zeitungsberichten glauben darf, folgten ihnen Millionen von Waehlern. Ein furchterregendes Schauspiel.

Damit ist aber die Eleganz der von der Verwaltung gefundenen Loesung noch nicht ganz gewuerdigt. Es kommt naemlich hinzu, dass die an der Opposition Engagierten gezwungenermassen verantwortungslos dahinreden mussten. Wie anders konnten sie reden, da es doch keine Aussicht fuer sie gab, je eine Verantwortung fuer das Gesagte uebernehmen zu koennen? Selbstredend gab es Schattierungen aller Grade. Vom demagogischen Geschwefel bis zu

VILÉM FLUSSER

kuehler objektiver Analyse der Lage. Aber verantwortungslos war im Grunde alles Gesagte. So hatte die Verwaltung eine Lage geschaffen, in der sie selbst als einzige die Verantwortung uebernahm, von einer verantwortungslosen Opposition angegriffen wurde, und dabei so grosszuegig war, dieser verantwortungslosen Opposition sogar einen Wahlsieg zu gestatten. Hat es je eine groessere politische Freiheit gegeben?

Das alles mussten selbstverstaendlich die klar Sehenden unter den Oppositionellen eingesehn haben. Sie bilden allerdings, wie ueberall, eine verschwindende Minderheit, dafuer sind sie die Interessantesten, weil sich in ihnen der hier zutage tretende Aspekt der Dialektik der Freiheit am besten aeussert. Sie mussten das alles eingesehn haben, und haben sich doch zu ihrem Engagement entschieden. Das ist vielleicht so zu erklaren: die Tatsache, dass die "politische Oeffnung" ein von der Verwaltung manipuliertes Ventil war, ist ihnen nie in voller Schaerfe ins Bewusstsein getreten. Um dies ganz einzusehn, muss man Abstand haben. Ist man im Apparat, dann kann man die Lage nur unter aeusserster Anstrengung ueberblicken. Dass also ihr Engagement selbstvernichtend war, dass sie objektiv stuetzten, was sie meinten, anzugreifen, war ihnen nicht immer gegenwaertig. Gegenwaertig hingegen war ihnen, dass sich in einer bis dahin starren Situation etwas begann, zu bewegen. Und sie haben sich entschlossen, an dieser Bewegung teilzunehmen. Denn die einzige Alternative war, in Passivitaet zu verharren.

(c) Was hier geschildert wurde, ist nicht die spezifische Lage eines spezifischen Landes, und die spezifische Stellung spezifischer Menschen in dieser Lage. Sondern es ist eine Lage, inder wir uns alle mehr oder weniger gut selbst erkennen koennen. Es ist naemlich die Lage des Menschen in einem gut verwalteten Apparat, der fuer seine Verwaltung wissenschaftliche Methoden verwendet. Wer wuerde denn in den brasilianischen Wahlen nicht die allgemeine Struktur ueberhaupt aller sogenannten "demokratischen" Wahlen erkennen? Zwar gibt es Gradunterschiede. Die Opposition wurde nicht ueberall von der Verwaltung selbst gebildet, sondern sie entstand "spontan" und mit verscheidener Faerbung. Untersucht man jedoch diese Orthogenese naeher, dann findet man ueberraschende Parallelen. Die Opposition kann zwar mancherorts die Verwaltung abloesen, aber es besteht die berechnigte Frage, ob eine solche Ausloesung auch ein Umwandeln des Verwaltungsapparates bedeutet. Die Rede- und Pressefreiheit ist zwar nicht evident von der Verwaltung verliehen worden, sondern sie ist erkaempft worden. Aber man kann daran zweifeln, ob sie nicht trotzdem von der Verwaltung "garantiert", dass heisst also doch verliehen wird. Die Opposition ist zwar nicht ueberall notwenidgerweise verantwortungslos, aber man kann sich doch fragen, ob nicht gerade Verantwortungslosigkeit die Opposition von der Verwaltung ueberall unterscheidet. Und man kann muelos in dieser Richtung weiterdenken, und weitere Parallelen entdecken.

VILÉM FLUSSER

Kurz: man kann die brasilianischen Wahlen als Modell fuer Wahlen ueberhaupt nehmen, um einen Aspekt der Dialektik der Freiheit zu untersuchen. Und zwar einen Aspekt, der mit dem Widerspruch zwischen objektiver Bedingtheit des Menschen und seinem subjektiven Gefuehl, frei zu sein, so gut wie nichts zu tun hat. Es handelt sich nicht darum, dass der Mensch weiss, dass er bedingt ist, und zugleich ueberzeugt ist, manchmal frei zu handeln. Auch nicht darum, dass der Mensch von seiner Bedingtheit wissen muss, um frei handeln zu koennen. Sondern es handelt sich darum, dass der Mensch Apparate erzeugen kann, die ihn subjektiv befreien koennen, nur wenn sie ihn objektiv determinieren. Man wird, wie das Modell zeigt, dem Apparat nicht gerecht, wenn man gegen ihn wie gegen eine klassische Tyrranei in modernem Gewand anrennt. Der Apparat kann subjektive Freiheit erzeugen. Ja, er muss es sogar tun, will er perfekt funktionieren. Der perfekte Apparat, der allerdings noch eine Science fiction ist, waere ein Spiel, an dem sich alle in voller subjektiver Freiheit engagieren wuerden, und dabei dunkel ahnen wuerden, dass sie in seiner Funktion funktionieren. Ein paradiesischer Zustand.

Soweit allerdings sind wir noch nicht gediehen. Vorlaeufig erscheint uns noch, aus der geschichtlichen Sicht der westlichen buergerlichen Kultur, die vom Apparat gebotene Freiheit als falsche Freiheit. Und gleichzeitig sehn wir den Apparat als eine der Moeglichkeiten der Zukunft auf uns herankommen. Wir sind noch nicht Funktionaere im radikalen Sinn, diese Metamorphose, (um mit dem hier einschlaegigen Kafka zu sprechen), hat sich in uns noch nicht vollzogen, sondern wir sind noch "alte Menschen". Aber potenziell sind wir schon Funktionaere. Darum sehn wir, wahrscheinlich zum erstenmal in der Geschichte, das Problem der Freiheit im Kontext des freiheitspendenden Apparates. Wenn wir in Westeuropa leben, dann sehn wir das Problem heranruecken, und wenn wir in Brasilien leben, dann haben wir uns damit konkret und existenziell auseinanderzusetzen. Die Lage, in der sich der Brasilianer befindet, der frei sein will, ist daher fuer uns ein belehrendes Beispiel. Und Brasilien ist fuer uns ein Beispiel nicht eines unterentwickelten Landes, oder eines Landes in der Entwicklung, sondern eines Landes, das in entscheidender Hinsicht weiterentwickelt ist als die sogenannten entwickelten Laender.